

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 404.

Sonnabend, 13. Juni.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Der König hat den Reg.-Ass. Grafen Billot Carl Hans Bogislav von Schwerin zum Landrat des Kreises Schlawe ernannt; und den Reichsger.-Direktor Meissner in Worbis als Direktor an das Kreisgericht in Quedlinburg versetzt.

Der Baumeister Baermann ist unter Ernennung zum Land-Baumeister als Lokal-Baumeister der Militär-Berwaltung in Königsberg Pr. angestellt; am Schulthei.-Seminar in Breslau der Musikdirektor Kothe zum ersten Seminarlehrer befördert und der Hülfslehrer Eßner zum ord. Seminarlehrer ernannt worden.

Der Ger.-Ass. Dr. jur. Norden in Tarnowitz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Beuthen O. S. und zugleich zum Notar im Departement des Appellger. zu Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes in Myslowitz ernannt, der Rechtsanwalt und Notar Lorenz zu Goyewerda in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Lübben mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, der Rechtsanwalt und Notar Quer in Weßlar in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Siegen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Düsseldorf, 12. Juni. Die Delegirtenversammlung des deutschen Handelsstages ist heute Vormittag im Rittersaal der städtischen Tonhalle vom Kommerzienrath Delbrück aus Berlin eröffnet worden. Es waren etwa 100 Delegirte anwesend, darunter Dr. Alexander Meyer, Dr. Hammacher und Liebermann aus Berlin, Dr. Embden aus Hamburg, Dr. v. d. Leyen aus Bremen, Kizhaupt aus Königsberg. Referent des Ausschusses ist Dr. Hammacher.

Wien, 12. Juni. Dem "Neuen Fremdenblatt" zufolge gedenkt die Kaiserin, ehe sie sich nach Brighton begibt, mit der Erzherzogin Marie Valerie einer sechs- bis achtwöchentlichen Aufenthalt auf der Insel Wight zu nehmen.

Washington, 12. Juni. Der Senat hat die erfolgte Ernennung von Bancroft Davis zum Gesandten der nordamerikanischen Union in Berlin bestätigt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 12. Juni. Nach dem hiesigen "Tageblatt" soll der Kaiser kürzlich bei Zehlendorf nur in Folge der beharrlichen Begehrung des Bahnwärters, die Barriere zu öffnen, einer ähnlichen Gefahr, wie sie den Kronprinzen auf der Wildparkstation betroffen, entronnen sei. Wie mir mitgetheilt wird, ist an der Erzählung des "Tageblatts" nicht ein wahres Wort. — Der Kronprinz wird, wie bereits gemeldet, dem 200jährigen Jubiläum des Leib-Kürassier-Regiments in Breslau beimöhn. Dasselbe sollte am 1. Juli stattfinden, wird aber mit Rücksicht auf die sonstigen Feierlichkeiten des Prinzen schon am 27. und 28. Juni gefeiert werden. Mit dem Feste soll die Einweihung des Kriegerdenkmals in Breslau verbunden werden. — Im Falle der heute erwarteten Rückkehr des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums wird dieses am Sonntag eine Sitzung halten, in welcher, wie man vermutet, auch diejenigen wichtigen Gegenstände zur Beratung gelangen werden, welche dennächst im Bundesrat zur Erledigung gelangen sollen. — Ueber die Heranziehung der Lehrer als Standesbeamte hat der Kultusminister im Anschluß an eine frühere schon bekannte Verfügung längst nähere Anordnungen getroffen. Es heißt darin: voraussichtlich werde es sich nicht gänzlich vermeiden lassen, einzelnen Lehrern in ländlichen Bezirken die erwähnten Funktionen zu übertragen. Da nach den bestehenden allgemeinen Anordnungen die Schullehrer zur Übernahme eines Nebenamtes der Genehmigung ihrer vorgefesteten Dienstbehörde bedürfen, so werden die Provinzialbehörden ermächtigt, auf den Antrag des Oberpräsidenten den Lehrern die Genehmigung zur Übernahme des Amtes eines Standesbeamten oder Stellvertreters in den Fällen zu ertheilen, in welchen das Amt nach Lage der örtlichen Verhältnisse weder Gemeindebeamten, noch auch anderen Personen füglich übertragen werden kann und besondere Gründe nicht entgegenstehen. Der Kultusminister verkennt nicht, daß die Funktionen eines Standesbeamten sich mit den Amtspflichten der Schullehrer oft schwerdursten vereinigen lassen, aber es sei zu erwägen, daß das Gesetz vom 9. März d. J. mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten solle und bis dahin die Bestellung qualifizierter Standesbeamten für die im Geltungsbereiche des Gesetzes belegenen Gemeinden unter allen Umständen erfolgen müsse. — Die Post- und Telegraphen sind in letzter Zeit bekanntlich von Berliner Dingen besonders berücksichtigt worden. Dem Urheber des Diebstahls beim englischen Botschafter ist die Polizei in freudlicher Weise sehr bald auf die Spur gekommen, und der größte Theil der geflohenen Preziosen ist wieder herbeigeschafft. — Der Vorgehen der hiesigen Polizei gegen die Sozial-Demokraten scheint die Führer veranlaßt zu haben, den Mittelpunkt ihrer Wirksamkeit offenbar zu verlegen. Der heutige "Neue Soz.-Dem." enthält eine Anzeige Hasenclever's, nach welcher der Sitz des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins von Berlin nach Bremen verlegt und zunächst das dortige Vorstandsmitglied Fried zum Vertreter des Vereines der vorliegenden Polizeidirektion gegenüber ernannt wird. Gleichzeitig werden die Parteigenossen aufgefordert, „unverbrüchlich fest zur Fahne Lassalle's zu stehen und in dieser schweren Zeit opfermüthig den großen Culturkampf gegen Reaction und Capitalwirtschaft fortzuführen.“ In einer weiteren Bekanntmachung Hasenclever's wird zum Vicepräsidenten des Vereins Georg Winter in Ottensen ernannt.

— Die oberste Reichspostbehörde hat durch Verfügung vom 9. d. M. sämtlichen Reichspostanstalten eröffnet, daß, da mit dem 1. M. die Zeitungsstempelsteuer aufhört, mit diesem Zeitpunkte

auch außer Kraft treten: 1) die Zusammenstellung der Bestimmungen über die Aufhebung und Berechnung der preußischen Stempelsteuer; 2) die Anordnung über die Stempelsteuer für die vom Auslande unter Band eingehenden neuerpflchtigen Zeitungen; 3) die Bestimmungen über die Berechnung der Zeitungsstempelsteuer für außerhalb Preußens erscheinende, in Preußen neuerpflchtige Zeitungen. Die Postanstalten werden schließlich aufgefordert, „den zahlreichen Aenderungen“ in den Einkaufs- und Provisionsbeträgen die nötige Aufmerksamkeit zuwenden.

— Die innerhalb der katholischen Kirche eingetretene Spaltung und die staatlicher Seite erfolgte Anerkennung des Dr. Neinkens als katholischen Bischof haben es auf dem Gebiete des Elementarschulwesens als eine Forderung der Gerechtigkeit erscheinen lassen, daß den Eltern und Vormündern katholischer schulpflichtiger Kinder und Pflegebefohlenen, je nachdem deren Erziehung in der einen oder der anderen der vorhandenen beiden religiösen Richtungen gewünscht wird, die Möglichkeit gewährt werde, die Schulkinder den Einflüssen der der anderen Richtung angehörenden Religionslehrer zu entziehen. In Fällen dieser Art können nunmehr, wie es bekanntermaßen schon in manchen Bezirken der Fall ist, katholische Schulkinder, auf den Antrag ihrer Eltern oder Vormünder, von dem Religionsunterrichte in den Elementarschulen befreit werden, sobald dargethan ist, daß derselbe durch andere der abweichenden Richtung angehörende, von der betreffenden Bezirksregierung für geeignet erachtete Personen außerhalb der Schule erhalten werden wird. Als genügend geeignet werden insbesondere ordinäre katholische Geistliche wie auch geprüfte Lehrer anzusehen sein. Bei schwaltenden Bedenken über die Person des Religionslehrers ist der Regierung die Entscheidung vorbehalten.

— "Die armen Superintendenten! — so schreibt man der Kreuztg." aus der Provinz Posen — es ist gewiß vielen von ihnen aus der Seele gesprochen, was einer unter ihnen beim Anblick des neuesten Erlasses des Oberkirchenrats wegen des Zusammenschlusses der Kreissynoden mit Thränen gesagt hat. — Ach, ich armer Superintendent!" hub der Mann zu reden an — was er aber gesagt hat, verschweigt die "Kreuztg." aus Rücksicht auf den ehrenwerthen Mann" und wir werden mit der Versicherung abgespeist, „aber es war herzbrechend!“ Vorüber dem armen Mann das Herz gebrochen, wird nun dahin angedeutet, daß es das Verbot des Oberkirchenrats gewesen, auf den Kreissynoden demnächst die Union und Vereinigungfrage zur Diskussion kommen zu lassen. Dieses Verbot ist nach der "Kreuztg." ein flagrant Eingriff in die Rechte der Synoden, welche nach § 53, 2 der Synodalordnung das Recht hätten, Anträge aus ihrer Mitte zu berathen und denen diese Befugnis nicht verkümmert werden darf. Der Einsender des Artikels ist gespannt, was die Liberalen zu diesem „Uta“ des Oberkirchenrats sagen werden. — Die "National Zeitung" meint, die "Kreuzzeitung" hätte es leicht gehabt, den unglücklichen Mann zu beruhigen. In dem Erlass des Oberkirchenrats ist ausdrücklich das Recht der Synoden, Anträge zu stellen, anerkannt und nur angeordnet, daß die Behandlung derselben den nächsten gesetzlichen Aufgaben derselben nachzustehen habe. Unter diesen letzteren Aufgaben der Kreissynoden kann sich aber unmöglich die Bekenntnis- und Unionsfrage befinden; denn wo bliebe die Einheit der evangelischen Landeskirche, wenn jede einzelne Kreissynode nach ihrer zufälligen Mehrheit das Recht hätte, ein Bekenntnis für sich festzustellen? Dieses Recht gehörte der Kirche und Angestalte des bevorstehenden Zusammenschlusses einer Generalsynode ist es gewiß wohlgethan vom Oberkirchenrat, von den Kreissynoden die Bekenntnisfrage fern zu halten. Den die selben leitenden Superintendenten ist also auch keine Gewalt angelassen, wenn sie angewiesen worden sind, auf Beobachtung dieses, der Natur der Sache entsprechenden Gesetzes zu halten. Es liegt deshalb auch gar kein Grund vor, wie der Artikel der "Kr.-Ztg." thutdagegen zu eisern, daß die Kreissynoden etwa Superintendenten, wenn diese nur sonst die Vertrauensmänner der Synodalmitglieder sind, als geistliche Deputirte in die Provinzialsynoden entsenden.

— Innerhalb des Vorstandes der hiesigen jüdischen Gemeinde ist schon wieder ein kleiner Konflikt ausgebrochen, der unter den Beteiligten großes Aufsehen erregt und über welchen der "Trib." folgendermaßen berichtet wird:

Auf Antrag des Vorstehers der jüdischen Gemeindeschule, Direktor Horwitz, wurde vor einiger Zeit von dem Vorstande nach Anhörung und Genehmigung des Schulvorstandes gestattet, daß auf dem alten jüdischen Begräbnisplatz in der großen Hamburgerstraße neben der jüdischen Knabenschule ein Turnplatz errichtet würde, obwohl diese Entheiligung des Kirchhofes bei den Strenggläubigen großes Ärgerlich machte. Weiter beantragte Direktor Horwitz, einen andern Theil des Begräbnisplatzes in einem botanischen Garten zu verwandeln. Der Gemeindevorstand schickte diesen Antrag dem Schulvorstande, dessen Präses jetzt Dr. Geiger ist. Dieser hatte nichts dagegen einzuwenden, auch im Repräsentanten-Kollegium und im Gemeindevorstande ging der Antrag durch, — plötzlich aber wurde der Inspektor des Begräbnisplatzes bei der Gemeinde vorstellte mit dem Bemerken, dies sei das erste Mal, daß von Seiten einer jüdischen Gemeinde die Initiative ergriffen werde, um einen jüdischen Beerdigungsplatz zu anderen Zwecken zu verwenden. Der Vorstand möge bedenken, daß in Posen der derartige jüdische Beerdigungsplatz auf Alerhöchsten Befehl allerdings zu anderen Zwecken verwandelt wurde, obgleich die dortige jüdische Gemeinde dagegen entschieden protestierte, daß aber am selben Tage, wo die Verstörung begann, die Schlacht bei Jena verloren ging. (!!) In Folge dieses Protestes forderte der Vorstand die Beerdigungscommission auf, durch Ausgrabung des bezeichneten Platzes zu konstatiren, ob sich noch Gebeine darin fänden; aber auch hiergegen protestierte der Inspektor unter dem Vorgeben, die Grabenden seien nicht kompetent, man möge auf seine Kosten eine Kommission von Chemikern hinzuziehen, welche zu konstatiren habe, daß sich keine verwesten Theile auf diesem Platze befinden. Als auch dieser Protest nichts half, die

Inspektion 3. Ogo die schengelpflichtige Zeile oben bilden kann, werden verhältnismäßig höher, und am 1. September zu richten und werden für die am folgenden Tage folgende 3. Ogo die rezipiente Stimme bis 3 Uhr. Rücksichtslos angenommen.

Münchner Bureausr.

In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen, Rudolph Wolf; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Boel; Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Heinegger, Schloßplatz; in Breslau: Emil Habach.

1874.

Erdbauarbeiten vielmehr in Angriff genommen wurden, brachte der Inspektor einen angeblich gefundenen Lehmklotz mit der Aufschrift zum Vortheil, daß einer der Wiener Vertriebenen den Platz der Gemeinde behufs Beerdigung der Leichen geschenkt, die Gemeinde mit ihm kein Recht habe, einen botanischen Garten daraus zu machen. Dieses Argument schlug durch, die Arbeiten wurden sofort eingestellt, und einem Gericht aufgefolgt ist das Projekt vorläufig ganz aufzugeben.

— Der Reichskanzler hat nunmehr den Entwurf zu einem neuen Bahnpolizei-Reglement für deutsche Eisenbahnen dem Bundesrat zur Beschlussnahme zugehen lassen. Außerdem hat der Reichskanzler in Betreff der Signallaternen auf den Eisenbahnen den Erlass folgender Vorschrift beim Bundesrat beantragt:

Zur Vollständigung des § 14 des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands und mit Bezug auf § 39 deselben wird bestimmt, daß alle Personen- und bedeckten Güterwagen mit den erforderlichen Vorrichtungen zur Anbringung der Signallaternen unter Beachtung der nachfolgenden Anordnungen zu versehen sind: Bei Anwendung der für die Höhe und Breite der Eisenbahnen gestatteten Maximaldimensionen darf die Oberkante der Laternenstüzen nicht mehr als 3,6 Meter über Schienenoberkante liegen und die Mitte derselben (Vertikalfläche) nicht mehr als 1,3 Meter von der Mittellinie des Normalprofils des lichten Raumes entfernt sein. Die Laternenstüzen müssen einen quadratischen Querschnitt im Lichten von 46 Millimeter oberer und 35 Millimeter unterer Länge und Breite bei 76 Millimeter Höhe deselben erhalten und diagonal zur Achse des Wagens gestellt werden. Der größte Querschnitt der Laternen darf nicht über 240 Millimeter Breite und 400 Millimeter Höhe betragen. Für die Befestigung der Schlaflaternen sind schwanzförmige Rücken von 24 Millimeter auf 46 Millimeter oberen und 54 Millimeter auf 76 Millimeter unteren trapezförmigen Querschnitt bei 152 Millimeter Höhe und 25 Millimeter Stärke des Rückens an den Kopfseiten aller Wagen anzubringen.

— Am Anfang dieses Winters tagte hier eine Versammlung herzoglicher historischer Gelehrte, um über die zukünftige Organisation der Leitung des großen historischen Quellenwerkes, der Monumenta Germaniae Historica, Beschuß zu fassen, da der bisherige Leiter Geheimrath Perz von der Direction zurücktreten wollte. Nach eingehender Beratung entschied man sich dahin, daß die künftige Direction einem Kollegium anvertraut werden sollte, welches durch Kooperation in das Leben zu rufen wäre. Man gedachte diese Organisation ungefähr im Laufe eines Jahres durchzuführen zu können, bis dahin sollte das Unternehmen in den Händen des Geheimraths Perz verbleiben. Von großer Bedeutung war ferner der Beschuß der Versammlung, auch die österreichischen Gelehrten an der Leitung des nationalen Werkes zu beteiligen, sowie auch, sich der perlmutternen Unterstützung der österreichischen Regierung zu versichern. Die letzte hatte schon früher über ihren Zutritt zu dem Unternehmen verhandelt, doch war seit dem Kriege von 1866 jeder offizielle Meinungsauftauch über diese Angelegenheit unterblieben. Nunmehr wurde, da der Beitrag der deutschen Regierung auf 10.000 Thlr. festgestellt war, der österreichischen auf 5000 Thlr. normirt. Die darauf während des Winters mit den österreichischen Gelehrten und der österreichischen Regierung geführten Unterhandlungen haben indeß bis jetzt noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt. Mit der Regierung hat man sich über die Höhe des Beitrages noch nicht verständigen können und den Gelehrten scheint die ihnen zugesicherte Beteiligung an dem Werke nicht ganz zu genügen. Es steht indeß zu erwarten, daß diese Anstände in kurzer glücklich befeitigt sein werden und daß das Werk, das die deutsche Nation der Anregung des Frhrn. v. Stein verdankt, durch die gemeinsame Theilnahme der deutschen und österreichischen Wissenschaft seinem nationalen Zielen glücklich entgegengeführt werden wird.

Breslau, 12. Juni. Im Einverständnis mit dem Magistrat hatte die Kommission für das hier errichtete Kriegerdenkmal in dankbarer Erinnerung an die Pflege verwundeter und frischer Soldaten während der letzten Feldzüge und an das Vorbild, welches die Kaiserin Augusta in edelster Weise gegeben, Ihre Majestät um die Erlaubnis gebeten, den Platz, auf welchem das Denkmal steht, "Kaiserin Augusta-Platz" benennen zu dürfen. Hierauf ist nach den folgenden Antwort erfolgt:

"Ich habe Mich beeilt, die Genehmigung des Kaisers und Königs für die Absicht zu erbitten, welche Ihr Schreiben in einer Mich ehrenbaren Weise fungiert. Das große Werk christlicher Humanität zu fördern, das allen Frauen obliegt, und für welches unser deutsches Vaterland so empfänglich ist, betrachtet Ich als Meine Lebensaufgabe und es kann Mich daher nur freuen, in einer Stadt wie Breslau mit dem bleibenden Andenken an das Verdienst tapferer Hingabe, die Leistung jener weiblichen Fürsorge in Verbindung gebracht zu sehen. Ich danke Ihnen hierfür und gewähre gern Meinen Namen dem Krieger-Denkmal-Platz in Breslau mit den besten Wünschen für das fernere Gedeihen der Stadt und ihrer Bewohner."

Baden, den 7. Juni 1874. Augusta. An den Oberstleutnant z. D. und Bezirks-Kommandeur von Donat zu Breslau."

Hannover, 9. Juni. Die Strafammer des hiesigen Obergerichts verhandelte heute über eine Anklage wider den Professor Ewald wegen Beleidigung des Reichskanzlers, Fürsten Bismarck, worüber die "W. Z." wie folgt berichtet:

Ewald hatte gegen Mich beilte, die Genehmigung des Kaisers und Königs für die Absicht zu erbitten, welche Ihr Schreiben in einer Mich ehrenbaren Weise fungiert. Das große Werk christlicher Humanität zu fördern, das allen Frauen obliegt, und für welches unser deutsches Vaterland so empfänglich ist, betrachtet Ich als Meine Lebensaufgabe und es kann Mich daher nur freuen, in einer Stadt wie Breslau mit dem bleibenden Andenken an das Verdienst tapferer Hingabe, die Leistung jener weiblichen Fürsorge in Verbindung gebracht zu sehen. Ich danke Ihnen hierfür und gewähre gern Meinen Namen dem Krieger-Denkmal-Platz in Breslau mit den besten Wünschen für das fernere Gedeihen der Stadt und ihrer Bewohner.

Augusta.

An den Oberstleutnant z. D. und Bezirks-Kommandeur von Donat zu Breslau."

Hannover,

9. Juni.

Die Strafammer des hiesigen Obergerichts

verhandelte heute über eine Anklage wider den Professor Ewald

wegen Beleidigung des Reichskanzlers, Fürsten Bismarck,

worüber die "W. Z." wie folgt berichtet:

Ewald hatte gegen Mich

Schluß des vorigen Jahres in einer Wahlrede

eine geschichtliche Erörterung der gegenwärtigen Lage und ihrer Entstehung gegeben und dieselbe dem welsischen Hannoverschen Wahl-

blatt zum Abdruck zugefunden. Am 3. Januar d. J. erschien sie in demselben. Selbstverständlich war die Erörterung düster genug gehalten, ihre Entstehung war auf die Friedericianische Zeit zurückgeführt. Diese, mit ihrem ungerechten Kriege gegen Österreich und der Schürung des Briefpaltes in Deutschland charakterisierte sich durch

"Beleidigung der Religion und Sitte." Außer Friedrich II. habe sich

Bismarck die Politik des zweiten Bonaparte zum Vuster genommen,

von der vorher gesagt war, sie habe darin bestanden, "die beste Zeit

auszuerufen, um zu räumen und zu siebeln wäre." Trotz dieser unzweideutigen Ausläufungen nahmen der Angeklagte sowohl wie sein Beleidiger, der Advocat Fischer II., den objektiv beleidigenden Charakter derselben wie die beileidige Wirkung in Abrede. Das Zumusterneben habe nur heißen sollen: ein Verfolgen der allgemeinen Richtung der Politik Friedrichs II. und Napoleons, das Eingehen auf deren anti-österreichische und kriegerische Politik, nicht das Schwören aufs Vota derselben, nicht insbesondere das Einlenken auf die Bahn des gewollten Verderbens der

Religion und Sitte, bezw. des Raubens und Plünderns. Der Kronanwalt verweist dem gegenüber einfach auf den Wortlaut des Artikels, der unfehlbar objektiv beleidigend sei, der Angeklagte müsse das wissen, und mit diesem Bewußtsein erfülle sich der Begriff der beleidigenden Absicht. Der Kronanwalt beantragte wider Ewald 3 Wochen Gefängnis. Geldstrafe werde durch die Erwägung ausgeschlossen, daß die Beleidigung den ersten Beamten des deutschen Reiches getroffen habe. Wider den mitangeklagten Redakteur des "Wahlblattes" Dr. Bärens, wurden 8 Tage Gefängnis beantragt. Ewald, der 70 Jahre alt ist, zeigte sich verschiedenlich eigenhümlich zerstreut. Zuerst bekannte er sich schuldig und erst auf wiederholtes Vorhalten leugnete er die beleidigende Absicht. Dann bedurfte es wiederholter Aufforderungen für ihn, den zur Vernehmung der Angeklagten bestimmten Platz einzunehmen. Als ein Zeuge beeidigt wurde, mußte er besonders daran erinnert werden, daß es schäflich sei, sich während des feierlichen Alters vom Platze zu erheben. Am Schlusz nahm er plötzlich Anlaß, sich wider die Annahme zu verwahren, als ob die Lage der Dinge, wie er sie schilderte, nur in seiner Einbildung existiere. In seiner Vertheidigung entklöpfsten ihm mehrere verleidende Neuverfassungen, wie: "der Kronanwalt habe ihn aus politischen Ursachen angeklagt", habe "von seinen Worten eine üble Anwendung gemacht", habe vielleicht gewünscht, daß er sich beleidigend ausgedrückt. Der Präsident rügte diese Neuverfassungen nicht, nur um, wie er am Schlusse der Vertheidigung ausdrücklich bemerkte, die Vertheidigung nicht zu beschränken. Das Urtheil wird in acht Tagen verkündet werden.

Leipzig. 10. Juni. Noch haben die städtischen Vertreter die Maßregelung des "Leipziger Tageblattes" und bezieht ihres Raths nicht in Berathung genommen, aber der Rath hat sich der Regierungsvorflug unterworfen und darüber folgende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund von Verordnungen des königlichen Ministeriums des Inneren vom 27. d. M. und vom 6. d. M. ist durch die Verordnung der königlichen Kreisdirektion vom 8. d. M. an uns die Benutzung erlaßt worden, daß vom 11. d. M. an die Benutzung des bislangen Lokalblattes "Leipziger Tageblatt und Anzeiger" als Amtsblatt der unterzeichneten Behörden aufhören und daß vom gleichen Tage an das hiesige Lokalblatt "Leipziger Nachrichten" als Amtsblatt benutzt werden mösse. Wir bringen daher hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß vom 11. d. M. an lediglich die "Leipziger Nachrichten" als Amtsblatt der unterzeichneten Behörden nach Verkündung des Gesetzes vom 11. August 1855 dienen werden, daß mithin ausschließlich der in den "Leipziger Nachrichten" erfolgende Abruck unserer Anordnungen und Bekanntmachungen mit Ablauf des dritten Tages von der Ausgabe desjenigen Blattes an gerechnet, in welchem sie stehen, für den Be- heiligten als gesetzlich bekannt gemacht gelten.

Leipzig. 9. Juni 1874.
Der Rath und das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. E. Stephan. Dr. Rüder.

Paris. 10. Juni. Im Bezug auf die skandalösen Vorgänge in der Festhalle des Sitzungspalastes der Assemblée in Versailles sowie auf dem Westbahnhofe, haben wir folgende Details nachzutragen. Unmittelbar nach Schluß der gestrigen Sitzung noch in der Garderobe begannen die Reibereien von neuem. Herr Rouher hatte daselbst seinen Überrock geholt und wollte eben das Parlamentshaus verlassen, als er in einer vor dem Buffet vereinigten Gruppe radikaler Abgeordneten, unter denen er auch Herrn Gambetta bemerkte, Herrn Jules Ferry ausrufen hörte: „Ja wohl es besteht ein geheimes Komitee des Appells an das Volk und bei Herrn Rouher hält es seine Sitzungen!“ Herr Rouher blieb stehen und sagte mit erzwungener Ruhe: Mein Herr, ich erkläre Ihnen auf das Bestimmteste, daß bei mir kein Komitee seine Sitzungen hält. — „Das werden wir später sehen!“ rief Gambetta und sogleich drängten sich die Anderen, namentlich die Herren Pépin, Lorry, Germain Cassé mit den Rufen heran: „Und Elsaß? Und Lothringen? Geben Sie uns erst Elsaß-Lothringen wieder!“ Da auch Herr Rouher nicht ohne Bedeutung war, entstand ein starkes Gedränge, in welchem der ehemalige Kaiser mehr als einen Rippenstoß erhielt. Herr Galloni d'Istria, der hitzigste aller Bonapartisten, brüllte purpurroth vor Wuth, gegen Gambetta: Sie haben uns in der Sitzung, wo Sie 200 gegen 20 sind, Elende genannt. Nun denn, ich erkläre Ihnen, hier ins Gesicht! Sie sind selbst ein Elender! Sie sind ein Elender! Sie sind ein Elender. Das Gedränge wurde immer heftiger und die Bonapartisten Levert und Abbaticci mißten sich vergebens, Herrn Rouher aus diesem Wespennest zu retten; zwei Mitglieder der Linken, die Herren Achille Delorme und René Beille, mußten mitleidig dazwischen treten, damit Herr Rouher mit zerzaustem Anzuge und dicken Schweifstropfen auf der Stirn, das Weite gewinnen konnte. „Alle Teufel!“ schrie Herr Germain Cassé, einer der größten Insultanten, ihm höhnisch nach, „ich bin kein Parlamentarier!“ — „Man sieht's zur Genüge“, warf ein Mitglied der Rechten ein, welches eben vorüberging. — Solche Bierstübenseen sind übrigens in der souveränen Assemblée von Versailles nichts Seltenes; hinterher klagt alle Welt über den Skandal und nach vierzehn Tagen fängt man wieder von vorne an.

Als dann ferner Hr. Gambetta heute Mittag um 1 Uhr auf dem Westbahnhof erschien, um den versäumten Zug zu besteigen, trat ein Herr E... auf ihn zu und redete ihn mit den Worten an: „Ich bin Bonapartist, wagen Sie es etwa, mich auch einen Elenden zu nennen?“ Jawohl, antwortete Herr Gambetta. Herr E... holte augenblicklich mit seinem Stocke aus, aber einige Freunde des Hrn. Gambetta fielen ihm noch rechtzeitig in den Arm; inzwischen waren auch noch einige konservative Abgeordnete herbeigekommen und es entstand ein Auflauf, in welchem wieder die größten Schlägereien ausgetauscht wurden, und Herr E... wurde schließlich von den auf den Lärm herbeigeeilten Polizisten verhaftet. Es ist davon die Rede, in der Nationalversammlung einen Karzer für rauflustige Abgeordnete einzuführen.

In der Sache selbst schenkt Niemand den leidlichen Ableugnungen des Herrn Rouher Glauben, zumal gerade dieser Staatsmann aus früheren Zeiten als einer der verwegsten öffentlichen Lügner bekannt ist.

Der "Français" versichert, daß ähnliche Schriftstücke, wie das von Herrn Girard verlesene, in den pariser Kasernen zirkulieren und daß die von der Regierung angekündigte Untersuchung sehr positive Resultate ergeben werde. Das hindert nicht, daß das unbefonnene Auftreten des Herrn Gambetta außerhalb der äußersten Linken allgemein bedauert wird. Der Abgeordnete Ducuing erklärte, ihm noch gestern in der Kammer unter Zustimmung einer Gruppe von Republikanern, daß er mit solchen Brutalitäten nicht nur weit über das Ziel hinausziehe, sondern geradezu dem Kaiserreich in die Hände arbeite. Herrn Paul de Cassagnac ist es freilich gelungen, den Führer der Radikalen in Grobheit noch weit zu überbieten. Er schreibt heut im "Pays":

Was soll man auf diese Rülpse eines Trunkenboldes antworten? Ist es nicht zu verwundern, daß man Gambetta nicht einen Faustschlag in jenen Theil seines Körpers gegeben hat, den er während der Landesvertheidigung so oft dem Feinde gezeigt hatte? Das war auch ohne Zweifel der erste Gedanke unserer Freunde, aber die Beleidiger waren hundert und unsere Freunde nur einige wenige und so war dies unmöglich.... Seit wann ist es denn Spitzbüben erlaubt, den rechtschaffenen Mann zu beschimpfen, seit wann darf die Memme den Tapferen schmähen, seit wann der Republikaner den Imperialisten einen

Elenden nennen? Man sehe, wie feig diese Leute sind! Alle thaten sie sich zusammen, um sich auf die kleine Gruppe des Appells an das Volk zu stützen. Einzelnen treten sie befeindender auf, als Bande sind sie aber von unerreichbarer Freiheit. Und doch beweist das Alles nur die Wuth und den Schrecken, von denen sie erschüttert sind. Sie können keinen Imperialisten mehr sehen, ohne auch schon das Gefühl zu haben, als ob eine Hand sich an ihren Armen legte. Sie wittern Tatzen, wie der Gauner den Galgen wittert. Der Gedanke an das, was ihrer früh oder spät wartet, schürt ihnen die Gurgel zu. Sachte, sachte, ihr verweilten Republikaner, so weit ist es noch nicht; Ihr habt noch einige Monate vor Euch, um Frankreichs Entrüstung aufs Neuerste zu treiben. Alsdann werden wir freilich sehen, was zu thun ist; denn zwischen Euch und uns, das wißt Ihr wohl, ist es ein Kampf auf Tod und Leben. Ergeht also noch weiter Euren Speichen, beweist uns mit Roth, Ihr Doctrinäre vom 4. September und Ihr Meuchelmörder von der Commune, rottet Euch Alle zusammen, um uns, wenn Ihr könnt, aus dem Herzen Frankreichs auszureißen! Aber wenn dies Euch nicht gelingt, wenn Ihr uns nicht in die rue Hauss oder nach Numea führen könnt, dann nehmt Euch in Acht, denn wir gehören zu denjenigen, welche sich erinnern! Doch bitte ich Euch lediglich aus Achtung vor Europa, daß Euch mit dem anständigen Frankreich verwechseln könnte, fangt die geistige Orgie nicht noch einmal an! Reicht nicht nach Wein, wenn Ihr die Tribüne bestiegt, und sagt Gambetta, daß man immer Urrecht hat, besoffen zu sein, wenn man in einer französischen Kammer spricht, in welcher nicht jedermann ein Strolch oder ein Republikaner ist!

Man erwartete allgemein, daß der Finanz-Minister Magne in der heutigen Sitzung der National-Versammlung zum Protokoll das Wort ergreifen würde, um sich gegen die gestrigen Angriffe Gambetta's zu rechtfertigen. Dies ist aber nicht geschehen, Herr Magne, der Nepotismus in Person, wagte es nicht, diesen glühenden Boden zu betreten. Die Debatte über das Gemeindegesetz wurde ohne weiteren Zwischenfall wieder aufgenommen.

Madrid. 10. Juni. Der Minister des Auswärtigen, Ulloa, hat an die Vertreter Spaniens folgendes Rundschreiben erlassen:

„Ich übergebe Ihnen mit diesem Schreiben das Manifest, welches das neue Ministerium soeben an das Land gerichtet hat, in welchem es seine gegenwärtige Bedeutung und seine Befreiungen für die Zukunft darlegt. Um den Gedanken der Regierung zu vervollständigen, halte ich mich für verpflichtet, Eurer Excellenz den Geist und zu geben, welcher sie in ihren internationalen Beziehungen besteht, ebenso auch die Ansicht, welche sie über die besondere Stellung gefasst hat, in welche neue Thatsachen sie versezt haben gegenüber den fremden Mächten; sie wünscht in beiden Fällen, ihr Schweigen möchte nicht faul gedeutet werden und die Boshaft nicht ihre ehrenhaften Absichten entstellen können.

Nach einem langen Zeitraum von Räumen und Erschütterungen befindet sich Spanien heute in so schwierigen Umständen, daß es in sich selbst alle seine Kräfte konzentriert und alle seine Gedanken und alle Anstrengungen der öffentlichen Gewalt auf seine innere Lage richten müssen, um frei von Befreiungen, von Gewaltshandlungen und Kriegen, zur feierlichen Ausübung seiner Souveränität zurückzukehren und ein für allemal über seine künftigen Geschicke zu entscheiden. Dieser Zeitpunkt schien ferne, als das Heer aufgelöst und ohne alle Männlichkeit, das Prinzip der Autorität niedergeschlagen, Carlismus und Anarchie in mächtigen Provinzen und Bevölkerungen herrschend, alle Banden zerissen, alle Garantien mit Flüzen getreten, die Nation durch die Parteien, die Regierung durch die Ohnmacht gelähmt waren und die unerschütterliche Einheit des spanischen Vaterlandes am Vorabend der Auflösung schien. Aber seitdem, Dank der Energie der Ministerien, die uns vorausgegangen sind, und Angesichts der Gefahr, welche die ganze Gesellschaft bedrohte, ein Alt der Männlichkeit, eher der allgemeinen Entrüstung und Scham entsprungen, als dem Lande auferlegt, die Kantonalen von Cartagena verjagte, ihren letzten Zufluchtsort, und die wahnstinkenden Hoffnungen der Absolutisten in den Bergen von Somorrostro zerstörte, sicherte die Sache der Ordnung und der Freiheit ihren endgültigen Sieg in nicht ferner Zeit, und die Demagogie sah sich genötigt, ihr schwarzes Banner einzuziehen, und die fanatischen Parteigänger der Vergangenheit hörten auf, selbst den Durchkämpfern noch Furcht und Entmuthigung einzuflößen, an welcher Diejenigen freilich nie Theil nahmen, welche die Wechselseitigkeit unserer Geschicke kennend, wußten, daß die Lebensfähigkeit und Auswauer des spanischen Volkes wachsen und zunehmen mit seinem Unglück.

Indes, obwohl unser innerer Zustand sich merklich gebessert, können und dürfen wir den internationalen Dingen, welche in diesem Augenblicke die Aufmerksamkeit der fremden Kabinette in Anspruch nehmen, nicht eine wirksame und beständige Theilnahme schenken und die glorreichen Erinnerungen unserer alten Macht werden für uns nicht ein hinreichender Sporn sein, aus unserer bescheidenen Stellung herauszutreten und mit hohen Ansprüchen uns vorzustellen. Nur in der unmöglichsten, unzulässigen Annahme, daß unsere berechtigten Interessen geschädigt, die nationale Ehre angegriffen oder die Integrität unseres Landesgebietes bedroht würde, würden wir diese Haltung verlassen, um nur auf unseren Patriotismus zu hören und unter Recht mit der Hilfe Gottes und der Anstrengung dieser edlen Nation zu verteidigen.

Das gegenwärtige Kabinett, welches in Harmonie mit der großen modernen Idee steht, deren expansiver Geist häufig den engen Rahmen des gewöhnlichen Gebrauchs durchbrochen hat, hofft die offizielle Bestätigung des freundlichen Einverständnisses zu erreichen, welches es mit den anderen Kabinetten unterhält, nicht durch demütige, unserer Ehre fremde Bemühungen, sondern, indem es die Verwirklichung dieses Wunsches der Wichtigkeit und dem Ziel unserer eigenen Handlungen anheimstellt und, wenn dies nicht zuviel gesagt wäre, der Gerechtigkeit und der Konvention der fremden Mächte selbst.

Es vereinigen uns mit denselben die stärksten politischen Bande, welche weder Ränke noch Ehrgeiz auslösen, welche traditionellem Missbrauch und Nebelwollen widerstehen, Bande, welche das gegenseitige Interesse bildet und die gemeinsame Gefahr bestätigt.

Dem Anschein nach in verschiedener Form, stellen sich der zivilisierten Welt die nämlichen Probleme, welche für den Gang der Politik die nämlichen Hindernisse und Verwickelungen bringen. Die Aufhebung der Entfernung, die wunderbare Zunahme des Handels, der fortwährende Verkehr der Völker, das Weltbürgertum des Gedankens, die Ähnlichkeit der Repräsentativemrichtungen, Alles wirkt mit, die vorwärts- und rückwärtsräumenden Kräfte zu universalisieren und die Solidarität der Regierungen herzustellen.

Einige bemessen die Bedeutung der Konflikte nach der Wichtigkeit des Ortes, an welchem sie äußerlich stattfinden und betrachten dieselben mit einer gewissen Gleichgültigkeit und lässen, dieselben seien ihnen fremd und berühren augenblicklich nicht die von ihnen vertretenen und vertheidigten Interessen, wie wenn man heute sich absondern könnte und wie wenn die Anstellung nicht unvermeidlich wäre. Da, wo man für die soziale Ordnung gegen die Anarchie kämpft, für die Eroberungen des modernen Rechts gegen die Ausgrabung abgestorbener Systeme, dort sind und müssen wenigstens sein die Sympathien einsichtsvoller Regierungen, welche von den Prinzipien einer guten Politik und eines wohlverstandenen Egoismus erfüllt sind.

Bor wenigen Monaten hat Spanien drei Bürgerkriege durchgemacht, die nicht hervorgerufen waren durch irgend eine Ungerechtigkeit, sondern entstanden aus schlechten Instinkten und bedauernswerten Verirrungen; den einen in Cuba, wo man uns, den Entdeckern und Zivilisatoren Amerikas, jenes lezte Stück Land bestreitet, in welchem wir bereits nicht mehr für unser Ansehen kämpfen, nicht mehr für unseren Einfluß in der neuen Welt, sondern für unsere Ehre, welche wir unversehrt der Geschichte überliefern müssen; einen anderen in den baskischen Provinzen, welche eine endgültig seit vierzig Jahren verlorene Sache wieder aufzuwecken wollen, und zuletzt die schon besiegte foderale Empörung, welche ihre vatermörderische Hand gegen die unveränderliche, mit dem Blut von hundert Generationen besiegelte Na-

tionalität zu erheben wagte. Zwei dieser Kriege dauern in unserem Gebiete noch fort, rauben die Blüthe unserer Jugend und legen uns große und schwerliche Opfer auf, während im Schoße unserer verwirrten Gesellschaft die Elemente noch röhren, welche den dritten, zum Vergnügen für Eingeborne und Fremde entzündet haben. Nicht Spanien allein ist am Ausgang solcher Kämpfe interessiert, sondern durchzuführen, kann sich nicht als ihren Ergebnissen ganz fremd betrachten. Es ist wahr, daß das Libaufürthum nicht mehr bewußt auftritt, um uns unsere kostbare Antile des Mutterlande zu entziehen. Aber wenn das Recht Spaniens tödlich verletzt würde, würde dasjenige der übrigen Nationen unverfehrt und verbirgt bleiben, welche jenseits der Meere Gebiete haben? Hat man etwa das Gedächtnis der durchzuharten Kolonial-Aufstände der zeitgenössischen Geschichte verloren? Es ist wahr, daß allein in Spanien der Fanatismus die Unwissenheit unter die Waffen gerufen hat, indem er seinen Zwecken günstige Umstände benötigt; aber ebenso wahr ist, daß, wenn man aufmerksam hörte, bis zu uns von ferne wachsend das Getöse, deren sich das neunzehnte Jahrhundert röhrt. Die demagogische Propaganda, welche in verschiedenen Formen und Benennungen bald am Rande des Tages, bald in geheimen Versammlungen die engen Banden auf löst, auf welchen die Gesellschaft beruht und welche, um eine neue zu gründen, ankündigt, von den Aposteln jeglichen Wahnsinns Alles anzugreifen beginnt, was es Achtungswerthes und Heiliges im menschlichen Bewußtsein gibt, von der Idee des Vaterlandes an bis zur Einrichtung der Familie, diese Demagogie würde nicht allein unser Vaterland erfaßt und zum ausschließlichen Opfer gemacht haben, wenn sie, zum Unglück Alter, ihr blutiges Banner auf den Trümmern unserer Städte hätten aufzuspannen können.

In diesem weiten, universalen Sinne betrachtet das gegenwärtige Kabinett die Aufgabe, welche das öffentliche Wohl und die Umstände ihm auferlegt haben und wenn sie einerseits die schwere Verantwortung in sich schließt, kann sie andererseits bei nicht ungünstigem Glücke, ungeheure und fruchtbare Resultate haben. Es fürchtet also nicht, daß es in so kritischer Situation und wenn es sich als befreidender aber entschieder Kämpfer für die Sache der Ordnung, Freiheit und des Fortschritts vorstellt, welche zugleich die Sache der civilisierten Welt ist, die wirksame Unterführung ihrer Sympathien verringert, indem es in etwas die Integrität und regelmäßige Form der diplomatischen Beziehungen beeinträchtigt. Die öffentliche Meinung, welche die Regierung der Staaten lenkt, verträgt sich nicht mit der Engertheit und dem Mäßigtheit, welche die Motive der auswärtigen Politik zu sein pflegen, als jene noch in der Dunkelheit der Kabinette wirkte, um der Eifer such der Nationalitäten und rein dynastischem Ehrgeiz Befriedigung zu verschaffen.

Die öffentliche Meinung, die heute auf großen Gefühlen der Gerechtigkeit und großen allgemeinen Gesichtspunkten beruht, findet ihr Echo in allen Sprachen und ihr Heimatrecht in allen Ländern, und die Meinung, welche in Spanien so gebieterisch wie bereit unter Pflichten vorgezeichnet hat, darf nicht zum Ergebnis haben, uns von der Gemeinschaftlichkeit der Befreiungen zu trennen, welche, so groß auch sonstige untergeordnete Verschiedenheiten sein mögen, das wahnsinnige Konzert des modernen Europa bildet.

Indem Eure Excellenz sich mit diesen Gefühlen erfüllt und die Betrachtungen im Bereich mit den Staatsmännern entwickeln, werden Sie mit gewissenhafter Treue den Gedanken der Regierung auslegen, deren ehrenhafte Absichten nicht das Geheimnis suchen, um sich zu verwirklichen, sondern im Gegenteil in der weitesten Offenheit den Beifall Alter, die sie kennen lernen, finden müssen. Alles in Allem, die Regierung, welche hauptsächlich die innere Ordnung heraufstellt und die Störungen zu beendigen sucht, die jetzt noch das Land anfasst, will nicht mit Ansprüchen irgend welcher Art vor den fremden Mächten auftreten, aber sie hält für ausgemacht, daß das Werk, welches begonnen wurde, um den öffentlichen Frieden zu befestigen, in einer durch starke und widerstreitende Elemente beimgeschlagene Nation, um das durch unbegreifliche Schwäche erschütterte Prinzip der Autorität aufzurichten und gleichermassen den Wahnsinn der Anarchie und den verbliebenen Eifer des Absolutismus zu zügeln, ein hochbedeutendes Werk ist, das nicht innerhalb unserer Grenzen isolirt werden kann und das außerhalb derselben in seiner ganzen Bedeutung wird gewürdigt werden müssen, sowohl was die gegenwärtigen Interessen und die Sympathien, die es erweckt, als was den unzweifelhaften Einfluß seiner Folgen angeht.

Das Ministerium zweifelt nicht, daß sich seine patriotischen Wünsche erfüllen werden, indem es die ihm anvertrauten hohen sozialen und politischen Interessen wahrt, und daß das soziale Volk, wenn eine Ausnahmefrage, vorübergehend geschaffen durch die schwierigen Umstände, ein Ende haben wird, die festesten Bürgschaften der moralischen und materiellen Ordnung finden werde, welche ihm, mit der regelmäßigen Ausübung der Repräsentativ-Institutionen, gestatten, ohne auswärtigen Druck in voller Reinheit seine wahren Gefühle und seinen sonderbaren Willen auszudrücken.

Dieses Schreiben, welches ich die Ehre habe, an Eure Excellenz zu richten im Auftrage des Herrn Präsidenten der Exekutivgewalt der Republik und mit Zustimmung des Ministerrats, sowie das Manifest, welches dasselbe begleitet, können Sie dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorlesen und ihm auf Verlangen beiden Urkunden Abschrift lassen.

Madrid, 22. Mai 1874.

Augusto Ulloa."

Lokales und Provinzielles

Posen, 13. Juni.

r. Zu dem diesjährigen Wollmarkt sind im Ganzen angefahren worden 25671 Ctr. 53 Pf., und zwar 518 Ctr. extrafeine, 10865 Ctr. 21 Pf. feine, 14168 Ctr. 46 Pf. Mittel-, 119 Ctr. 86 Pf. ordinäre Wollen; davon 13,507 Ctr. vom rechten Ufer der Warthe, 12164 Ctr. vom linken Ufer. Die Gesamtzuflöhr betrug 1873: 21984 Ctr. 69 Pf.; 1872: 23,364 Ctr. 66 Pf.

r. Der Wollmarkt war bereits gestern so gut wie beendet. Die meisten Wollproduzenten und Wollkäufer sind schon abgereist und heute herrschte auf dem Sapienza- und Kanonenplatz bereits eine sehr bedeckende Stille; auch wurden einige der Wollzelle heute schon abgebrochen. — Der Pferde- und Viehmarkt, welcher gestern auf dem Kanonenplatz abgehalten wurde, war mäßig besucht. Auch der Massenmarkt ist bereits zum großen Theil geräumt.

— Im Gegensatz zu den Mitteilungen des Krakauer "Tages", welcher vor Kurzem meldete, der ehemalige Erzbischof Ledóchowski wäre erkrankt, konstatiert der erzbischöfliche Moniteur, der "Kurier Poznański", daß das Befinden seines Patrons ein im höchsten Grade befriedigendes sei. Die innere Ruhe und ein energischer Wille lassen Sr. Erzbischöflichen Gnaden die Unbequemlichkeiten des Gefängnislebens freudig ertragen. An heiteren Tagen promenirt der Erzbischof in den Nachmittagsstunden in dem Gefängnisgärtchen. Auch empfängt er Besuche, doch nur in geringer Zahl und nur in sofern es die Vorrichtungen gestatten.

<

Herausgabe der Zeitungs-Kontionen. Am Schlus unse-
res heutigen Leitartikels sind zwei Worte verfebt worden. Die Worte
„welche seine“ vor „1. Juli“ in der 5. Schluszeile, müssen in die
letzte Zeile, so daß der Schlus lautet: „welche seinen Sinn aufhe-
ben würde.“

Rogasen. 11. Juni. [Eine höchst ehrenvolle Anerken-
nung hat der hiesige Lehrer Gürke als der Verfasser eines Lieder-
buches für die deutsche Armee vor kurzem dadurch gefunden, daß der
Kaiser, dem der Verfasser ein Exemplar überwandt hatte, seine Aner-
kennung für das patriotische Werk aussprechen ließ und daß auch das
Kriegsministerium nach Prüfung des Inhalts des Buches dasselbe bei
Singenungen der Mannschaften für geeignet befunden und den Trup-
pen zur Verstärkung bei Anschaffung von Liederbüchern empfoh-
len hat.

X. Wreschen. 12. Juni. [Schulspaziergang.] Privat-
schule. Ein nachträgliches Maifest veranstaltete gestern Fräulein
Mittelstädt für die jetzt unter ihrer Leitung sichende Mädchenschule.
Herr Treppmacher in Wulka hatte für dieses Fest mit großer Bereit-
willigkeit seinen Park zur Verfügung gestellt und schickte sogar
zwei große Erntewagen zur Stadt, um die Kinder abzuholen. Das
Wetter war außerordentlich günstig und die Aufnahme der kleinen
Gefellschaft in Wulka überaus lieblich und freundlich. — Die Privat-
Knabenschule des Herrn Prediger Schramm hier selbst wird zum 1. Juli
wesentlich erweitert. Herr Schramm hat einen akademisch gebildeten
Hilfslehrer engagiert und wird die ihm anvertrauten Knaben in zwei
Klassen für die Quarta, auch für die Tertia eines Gymnasiums vor-
bereiten. Welch dringendem Bedürfnis diese Anstalt hier entgegen-
kommt, ist bekannt. Im Interesse der Sache wünschen wir nur, daß
sie ihrem privaten Charakter möglichst bald verlieren und von der
Stadt übernommen werden möge. Nach Lage der Verhältnisse dürfte
das der einzige Weg sein, für unser Schulwesen etwas zu thun und die
königliche Regierung zu einer thätigen Theilnahme für dasselbe zu
veranlassen.

Die Verkehrsverhältnisse der Posen-Thorner Bahn.

Bereits seit Gründung der Posen-Thorner Eisenbahn ist
die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft
auffallend zurückhaltend mit Mitteilungen über die Erträge dieser
Strecke. So haben es die wiederholten Mahnungen der Presse noch
immer nicht zu Wege gebracht, daß wenigstens in den Bekanntmachungen
der Monatsentnahmen des Bahnhofes die Erträge dieser Strecke
ebenso wie die der anderen Zweige des Unternehmens von den Er-
trägen der Hauptbahn getrennt veröffentlicht würden. Dieses Verfa-
hren ist um so auffallender, als bekanntlich die Posen-Thorner Bahn
kein integraler Theil der Hauptbahn ist, sondern eine bes-
ondere Staatsgarantie genießt und in Folge dessen über dieselbe eine
gesonderte Rechnung geführt werden muß. In dem Wochenberichte
in der Börsenhalle der „Nat.-Ztg.“ ist bereits bei Besprechung der
April-Einnahmen der Oberschlesischen Bahn die Vermutung ausgesprochen,
daß die Schweizigkeit der Direktion wohl in einem gewissen
Zusammenhang damit stände, daß die Einnahmen der Posen-Thorner
Strecke wahrscheinlich noch bedeutsamer seien, als man selbst bei
den bekannten guten Verkehrsdevelopment im Allgemeinen annähme.
Nach den Berichten der Anwohner der Bahn soll nun die Verkehrs-
entwicklung auf der Strecke allerdings eine ganz außerordentliche sein.
Die bisher in der Provinz im Betriebe befindlichen Bahnen haben sich
bekanntlich sehr sehr langsam entwickelt. Es bedurfte vieler Jahre, ehe
die Posen-Breslauer und die Stargard-Posen Bahn nur eine mäßige Rente für ihr Anlagekapital aufgebracht haben, und
die Märkisch-Posen Bahn ist selbst nach siebenjährigem Betrieb noch
nicht so weit gekommen. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß
zum Bau von Eisenbahnen in Posen lange Zeit absolut kein
Privatkapital mehr finden lassen wollte und die Oberschlesische Gesell-
schaft bei Übernahme des Baues der Posen-Thorner Bahn der Re-
gierung die Bedingungen nach ihrem Belieben stellen konnte. Daß sie
die Situation ausgenutzt haben, ist bekannt und soll ihr
auch nicht verdacht werden, denn eine Aktiengesellschaft, selbst wenn
eine königliche Direktion an ihrer Spitze steht, hat nicht die Pflicht,
die Interessen ihrer Aktionäre zu vergessen. Die Gründungs-Epoche
hat zwar auch uns zwei neue Eisenbahn-Unternehmungen gebracht;
mit dem Herausfallen der Militärstrafe wendet sich jedoch das Kapital wieder mit sichtbarem Misstrauen von der Provinz ab und an
den Misckredite der bauenden Gesellschaften hat, wie es scheint, die
allgemeine Meinung, daß sich dieselben mit dem Bau von Eisenbahnen
in unserer Provinz recht unrentable Unternehmungen aufgeladen
hätten, ihren reichen Anteil. Es liegt auf der Hand, daß die Stim-
mung gegen die Provinz Posen sich wesentlich ändern würde, wenn es
sich herausstellte, daß eine hauptsächlich auf den Lokalverkehr ange-
wiesene Bahn wie die Posen-Thorner schon nach einfärbigem Betriebe
eine erträgliche Rente zu erzielen im Stande ist. Die allgemeine Ver-
breitung dieser Erkenntnis würde ohne Zweifel dem Oels-Gne-
sener und dem Posen-Kreuzburger Unternehmen wieder Vertrauen
inflößen, würde für den bevorstehenden Bau Posen-Słupce zahl-
reiche Konkurrenten herbeiführen und würde vielleicht für die projek-
tierte Gnesen-Bromberger Bahn Unternehmungen finden lassen. Ob
alles Dies im Interesse der Oberschlesischen Gesellschaft wäre, ist aller-
dings sehr fraglich. Im Interesse der Provinz wäre es aber sicherlich
und an der Zeit endlich, ernstlich darauf zu dringen, daß über die Er-
träge der Posen-Thorner Bahn Licht verbreitet würde. Es würde
sich empfehlen, daß die Vertretung der Hauptstadt der Provinz durch
eine direkte Anregung bei der zuständigen Instanz endlich Klarheit
schaffe.

Blatts- und Volkswirthschaft.

Washington. 12. Juni. Alle Plätze der nordamerikanischen
Union, an denen Baumwolle marktmäßig gehandelt wird, haben sich
dahin geeinigt, eine einzige nationale Baumwollbörse zu grün-
den und ein gleichheitliches System für die Klassifizierung der Baum-
wolle festzustellen.

Rechte-Oder-Ufer- und Oels-Gneiner Bahn. Die
Motive für das in der gestrigen Abendnummer der Posener Ztg. ver-
öffentlichte Vertragsprojekt, welches im Wesentlichen auf § 18 des
Statutes der Oels-Gneiner Eisenbahn-Gesellschaft:

„Sollte in einem oder dem anderen Jahre der Reinertrag nicht
ausreichen, um den Inhabern der Prioritäts-Stamm-Aktien eine Di-
vidende von fünf Prozent zu gewähren, so wird das Fehlende aus
dem Reinertrag des oder der folgenden Jahre unverzinst nachgezahlt
und erhalten die Inhaber der Stamm-Aktien nicht eher eine Dividende,
als bis diese Nachzahlung vollständig geleistet ist.“

beracht, waren, wie wir hören, folgende: Die Direktion der
Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft muß es wünschen, ihrer Bahn
das Absatzgebiet der Oels-Gneiner Eisenbahn und ihrer Anschluß-
bahnen für die Ausfuhr der Montan-Produkte Oberschlesiens u. durch
dieselben das Betriebs sicher zu stellen, ebenso den Verkehr von
der Oels-Gneiner Eisenbahn, soweit derselbe sich über die Rechte-
Oder-Ufer-Eisenbahn ziehen läßt. Der von und nach der Oels-
Gneiner Eisenbahn für die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn zu erwar-
tende Güterverkehr darf analog anderweitigen statistischen Erfahrungen
bei nur mäßiger Schätzung auf 3½ Millionen Zentner jährlich mit
einem Netto-Proveniu für die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn von
116.000 Thlr. von Anfang an angenommen werden*; der Personen-
Übergangsverkehr dürfte ein Netto-Proveniu von 14.000 Thlr. ergeben,

* Die Breslau-Warschauer Eisenbahn hat der Rechte-Oder-Ufer-
Eisenbahn im Jahre 1873 einen Übergangsverkehr von 12 Millionen
Zentner mit einem Netto-Proveniu von 58.000 Thlr. gewährt; sie hat
aber nur ein Bahngelände von 1/2 der Länge der Oels-Gneiner
Eisenbahn und endigt als Sachbahn.

so daß der Gesamtgewinn von der Oels-Gneiner Eisenbahn für
die Rechte-Oder-Ufer Eisenbahn auf 130.000 Thlr. anzunehmen, der
sich im Laufe der Jahre hoffentlich auf 150.000 Thlr. (= 1 p.C. des
Aktienkapitals der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn) steigern wird. Denn
daß die Oels-Gneiner Eisenbahn mit der Zeit bei zweckmäßigem
weiteren Ausbau des Bahnhofes als Glied einer geraden Verbindung
zwischen dem Gebiete der Osthafen (Danzig) und der Ostsee (innerhalb
und den österreichischen Staaten andererseits ganz andere Bedeutung
erlangen dürfte, als man ihr zur Zeit beimitzt, ist nicht in Abrede zu
stellen. Die Gegner des Projekts wenden ein, jener Übergangsver-
kehr müsse der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn ja doch aufstehen, gleich-
viel ob die Oels-Gneiner Eisenbahn in ihren gegenwärtigen Ver-
hältnissen zur Fertigstellung gelangt oder in andere Hände übergeht.
Dies wäre wohl richtig, wenn die Vollendung des Baues der Oels-
Gneiner Eisenbahn nicht durch die Bedingungen der Baugesellschaft
Plechner u. Co. als Zeichner eines großen Theils der Anlage-Kapi-
talaten, in Frage gestellt zu sein schiene; gleichzeitig die Vollendung aber mit
Hilfe anderer Finanzkräfte, vielleicht sogar mehr oder weniger konkurrenz-
reicher, dann dürften die Vorteile der Oels-Gneiner Eisenbahn
für die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn in Frage gerathen, wenn nicht
verloren gehen, oder sich sogar in Nachtheile verwandeln.
Gerade die gegenwärtige Lage des Unternehmens der Oels-
Gneiner Eisenbahn erleichtert der Rechte-Oder-Ufer-Eisen-
bahn-Gesellschaft die Wahrnehmung ihrer Interessen in hohem
Maße und mit leichtem Mitteln. Würde aber die Garantie für die
Prioritäts-Stamm-Aktien fest versagt und geriethe dadurch die
Vollendung der Bahn in Frage, so würden im Falle eines
etwaigen späteren Beschlusses der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-
Gesellschaft, für die Vollendung einzutreten, die Opfer unzweifelhaft
viel größer ausfallen, als sie jetzt denkbarer Weise werden können.
Sonach gestaltet es sich fast zur Notwendigkeit, die gegebene Sachlage
wahrzunehmen, und etwaige Gefahren durch Übernahme der vorschuß-
weisen Zinsgarantie als auf dem Scheinbar leichtesten Auswege zu be-
seitigen. Vor unvorberechneten Gefahren und Nachtheilen soll die
Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft durch diejenigen Vertrags-
bestimmungen geschützt werden, nach denen die Garantie nur eintritt,
wenn die Bahn für das jetzt veranschlagte Baukapital fertig gestellt
wird; die Dividende der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn aber soll durch
die Zinsvorschüsse oder deren Verzinsung direkt nicht berührt werden,
event. mindestens nicht für die nächsten 10 Jahre, da jene Zinsvor-
schüsse nach Maßgabe des Bedarfs aus einer Anleihe genommen werden
sollen, deren Verzinsung (indirekt) der Oels-Gneiner Eisenbahn
zur Last gelegt wird. Selbstredend würde aber die Anleihe in nächster
Zeit noch nicht erforderlich sein, da erst Mitte 1877 die erste Ver-
einigung stattzufinden hätte und der jährliche Gesamtbedarf an Zinsen
nur gegen 200.000 Thlr. beträgt. Auch wird sich die Disposition leicht
dahin treffen lassen, daß die betreffenden Obligationen nur dem jährlichen
Bedarf entsprechend begeben werden. Träte aber wirklich der
Fall ein, daß aus dem Betriebe der Oels-Gneiner Eisenbahn die
vollen zehn Jahre hindurch ein wesentlicher Überschuß nicht erzielt
würde und die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn für die ganze Zeit nahezu
die vollen garantierten Zinsen aus der dafür in Ansicht genommenen
Anleihe von 2.000.000 Thaler zahlen müßte, und dieser Vorschuß also
nach Ablauf der Garantiezeit für uneinbringlich angesehen werden
möchte, dann — und das scheint der Kernpunkt zur Beurtheilung der
Sache — kostete (nach 10 Jahren) der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-
Gesellschaft die Gewinnung der 2½ Meilen langen Oels-
Gneiner Eisenbahn für ihre Interessen und zwar auf so
lange, als die letztere noch ihre Schuldnerin ist, einen Kapitals-
Aufwand von etwa 2.000.000 Thaler, während schon jetzt
das Anlage-Kapital der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn 19.000.000 Thlr.
beträgt. Es könnte also eine irgend namhafte nachtheilige Beein-
flussung der Finanzverhältnisse der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn
nicht eintreten, abgesehen von den Verkehrsverlusten der letzteren —
wohlgegen für einen solchen Preis die Oels-Gneiner-Eisenbahn,
wenn sie erst vollendet ist, immer zu haben sein dürfte.

** Liverpool. 12. Juni. [Baumwollen-Bericht.]

	Gegen- wärtige Woche.	Vorige Woche.
Wochenumsatz	64.000	67.000
desgl. von amerikanischer	34.000	40.000
desgl. für Spekulation	6.000	5.000
desgl. für Export	7.000	5.000
desgl. für wirklichen Konsum	51.000	57.000
Wirklicher Export	4.000	6.000
Import der Woche	44.000	172.000
Borrath	953.000	862.000
desgl. von amerikanischer	523.000	532.000
Schwimmend nach Großbritannien	627.000	578.000
desgl. von amerikanischer	121.000	124.000

Vermischtes.

* Die Berliner Diebe scheinen in letzter Zeit ihre Aufmerksam-
keit vornehmlich den Botschafter und Gesandten-Hotels zu wenden.
Die „Berl. Bürz.-Ztg.“ meldet nieder einen Einbruch, der beim
englischen Botschafter Lord Russel in der Nacht zum Montag
verübt worden ist. Die Einbrecher scheinen von der Borsstraße aus
in die Leipzigerstraße 137 gelegene Wohnung gekommen zu sein, die
Hinterthüren durch Nachschlüssel geöffnet und in gleicher Weise auch
den Zutritt in die Wohnräume des Botschafters gefunden zu haben.
Über den Umfang der von den vermögenden Dieben gemachten Beute
konnte Genaueres bisher noch nicht festgestellt werden, weil der Bot-
schafter mit seiner Familie gegenwärtig nicht in Berlin, sondern in
London weilt, wohin man ihm auf telegraphischem Wege sofort Kunde
von dem Vorgefallen gab. In jedem Falle aber muß das gestohlene
Gut einen bedeutenden Werth haben, denn bei einem Thäter, der
schon am Montag der Polizei in die Hände fiel, fand man eine
Menge Breitsoßen, darunter etwa dreißig Ringe im Gesamt-
betrage von 1000 bis 1500 Thaler. Der Urtheile ist ein
schon mehrfach bestrafter Kontivierläufer Namens Böhml. Von
dem Diebstahl hat er, wie dies bei routinierten Verbrechern
stets der Fall zu sein pflegt, durchaus keine Ahnung; er hat über-
haupt keine Idee davon, daß in Berlin ein englischer Botschafter exi-
stirt. Die Pretiosen will er i. Thiergarten zwischen den Charlotten-
burger Gaußse und den Zelten unter einer kleinen Brücke in einem
Karton gefunden haben. Unter diesen Umständen kann er auch keine
Komplizen bezeichnen.

** Die Kaiser Glocke ist, wie nunmehr definitiv feststeht, auch im
zweiten Guss misslungen. Die „A. Z.“ schreibt aus Köln: Herr Hamm
zu Frankenthal, der Gieker der Kaiser Glocke, hatte sich bekanntlich der
Hoffnung hingegeben, die für unseren Dom bestimmte gewaltige Hu-
serin zum Gebete durch vollständige Reinigung und durch Abschleifung
auf den von den Auftraggebern bestimmten Ton zu bringen. Nach-
dem derselbe nun in dieser Beziehung alles Mögliche gethan, hat dieser
Tage eine nochmalige Prüfung durch die betreffende Kommission statt-
gefunden. Das Resultat dieser letzten Begutachtung ist aber leider
gänzlich zu Ungunsten der Glocke ausgefallen. Der Ton derselben
steht noch immer auf Cis anstatt auf C, und hat dazu noch verschiedene
fremdartige Anklänge. Auch ist an der Glocke deutlich zu erkennen,
daß der Guss aus drei Theilen besteht. Die Glocke wird demnach
wiederum zerstört und von Neuem gegossen werden müssen.
Noch erfreulich ist es übrigens, zu erfahren, daß die Kosten des zweiten
Gusses durch das Eintrittsgeld, welches der Meister für die Be-
festigung seines, wenn auch misslungenen, doch großartigen Werkes
erhoben hatte, nahezu gedeckt sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Walther in Posen.

Angekommene Fremde vom 13. Juni.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Bernhard,
Rosenthal, Habn und Jahn a. Berlin, Kassel a. Stettin, Karlowa a.
Plauen, Kastan und Lehfeld a. Breslau, Koib a. Olensberg, Schwierkus
a. Schönbrunn, Elsner a. Grabitz, Bader a. Züllichau, Stohmann a.
Elsterfeld, Paesch a. Dresden, Trul. Schmidt a. Leipzig, Ritterguts-
besitzer Graf Wodzinski a. Warschau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Falk a.
Stettin, Löwensohn und Krebs a. Budweis, Cohn a. Peisern, Schot-
berg a. Berlin, Kowalski a. Breslau, Scholz a. Danzig, Ritterguts-
besitzer Felsch a. Warin, Lomirski a. Schlesien, Ritter a. Warschau.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Landsberg aus
Breslau, Siegmund Lewy a. Berlin, Henschel a. Hamburg, Architekt
Seiffert a. Königsberg, Rentier von Daleszynski aus Warschau, Kaufmann
Krajen a. Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Tarnowski a. Krzywo-
sadowo, von Moniewski aus Sokolow, Fourrobert aus Goleš, die
Gutsverwalter v. Potadowski a. Koźli, Drogomski a. Sedan, Tomasz-
ewski a. Marinkowo, Geschäftsführer Müller a. Berlin, die Bürger
Citron und Krause a. Trzemeszno.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN BAUSE vorm. KROON.
Die Fabrikanten Lahan a. Sprottau, Gebr. Mangelsdorff und Sohn
a. Grünberg, Gebr. Bleizner a. Neudamm, Gebr. Henschel a. Sagan,
Lieb und Wilz nebst Tochter a. Grünberg, Viehhändler Markus Cohn
aus Neumontsch, Schie u. Greiser und Frau a. Sarnie, Selowski
a. Grünberg, Sehr. Czerwinski a. Cziszkow, Hotelier Nadowski aus
Wielichow, Rechtsanwalt Meyer a. Trzemeszno, Spiegelberg aus
Wodziski, Gutsbesitzer Wojciech aus Fraustadt, Kosch a. Schwiebus.

MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Fried-
Bawitz und Frau a. Budweis, Schön a. Tarnow, Frau Wandelt
nebst Töchter a. Sendzimir, die Pfarrer Brink a. Biastki, Breuk
aus Polen, Direktor Quant a. Görlitz, Kommerzienrat Moll aus
Piss, die Kaufleute Berg a. Leipzig, Windler a. Chemnitz, Henning
a. Leipzig, Cramer und Deutscher a. Berlin, Steger a. Hamburg.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Tepeschen.
Versailles. 12. Juni, Abends. Die Nationalversammlung bean-
det die zweite Lesung des Gemeindewahlgesetzes, nahm die übrigen
Artikel ohne wesentliche Änderung an und beschloß die dritte Lesung
vorzunehmen. Einige Gruppen der Linken wünschen die Regierung über
die Stellung zu interpellieren, welche dieselbe einer Partei gegenüber
einzunehmen gedenkt, die eine von der Nationalversammlung getroffene
souveräne Entscheidung verleugne und derselben Trotz biete. Der
Minister des Innern erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation
bereit. Die Linke begründet ihre Interpellation, mißbilligt die
gestrige Erklärung des Ministers des Innern und beschuldigt denselben,
daß er die Rechte der Deputirten nicht genügend schütze. Sie
beschuldigte ferner das Gesamtministerium, daß es mit den Bonapartisten
zusammengehe und seinen Pflichten zuwider handle. Der
Minister des Innern erklärt hierauf, er habe von seinen gestrigen
Worten nichts zurückzunehmen. Die Organe der öffentlichen Ge-
walt thäten durchaus ihre Schuldigkeit. Das Vorgehen gegen Gambetta
finde bis zu gewissen Punkten seine natürliche Erklärung
in den hier gefallenen bedauernswerten Neuerungen. Als
Minister Mac Mahon's werde er den Gewalten desselben
Achtung zu verschaffen und den Frieden zu erhalten wissen

Manchester, 12. Juni. Nachmittags. 12r Water Armitage 8½. 12r Water Taylor 10½. 20r Water Micholls 12½. 30r Water Gibbons 12½. 30r Water Clayton 13½. 40r Mule Mayoll 12½. 40r Medio Wilkinson 14½. 36r Warcop Qualität Rowland 13½. 40r Double Weston 14½. 60r Double Weston 16½. Printers 10½ 100 8 pfd. 120
Ruhiges Geschäft bei ziemlich festen Preisen.

Amsterdam, 12. Juni. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Ge- treidemarkt) Schlussbericht. Weizen geschäftlos, pr. November 337. Roggen los unverändert, pr. Oktober 203. Raps pr. Herbst 376 fl. Rübbel los 35½ pr. Herbst 35½ pr. Mai 1875 37½. — Wetter: Windig.

Antwerpen, 12. Juni. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Ge- treidemarkt) Schlussbericht. Weizen unverändert. Roggen ruhig, Odessa 21½. Hafer behauptet. Gerste steifig, Odessa 22½. Petro- leum-Markt (Schlussbericht). Raftmastes Type weiß, los 26½ fl. u. B. pr. Juni 26½ 27 B. pr. Juli 26 B. pr. September-Dezember 29 B. pr. September-Dezember 30 fl. u. B. Ruhig.

Paris, 12. Juni. Nachmittags. Produktumarkt. Weizen ruhig, pr. Juni 38, 50, pr. Juli-August 34, 50. Mehl ruhig, pr. Juni 80, 25, pr. Juli-August 77, 00, pr. September-Dezember 66, 75. Rübbel behauptet, pr. Juni 80, 75, pr. Juli-August 81, 75, pr. September-Dezember 83, 50. Spiritus fest, pr. Juni 64, 50. — Wetter: Sehr schön.

Produkten-Kürte

Berlin, 12. Juni. Wind: NW. Barometer 28.4 Thermometer früh +10°. Witterung: Bedeckt.

Der heutige Markt nahm einen flauen Verlauf für Roggen.

Breslau, 12. Juni. Ackerbürger 97. do. junge 93. Oberösterreichische 158½. R.-Oder-
West-Si. 117½. do. do. Prioritäten —. Franzosen 191. Lom-
barden 84. Italiener —. Silberrente 67½. Rumäniener 45. Bres-
lauer Bisontobank 80½. do. Wechslerbank 70½. Schles. Bankv. 106½.
Kreditaktien 130½. Laurahütte 160½. Oberösterreich. Eisenbahnbet.
Österreich. Banknoten 90½. Russ. Banknoten 93½. Bresl. Mässler-
bank 80. do. Bresl. B.-B. 90. Prov.-Mässlerb. 82. Schles. Fer-
nbank 91½. Österreichische Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. —.

Telegraphische Korrespondenz für Bonds - Kurse.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiff'sche Bank —, Dortmunder Union —, süddeutsche Immobilien-
Gesellschaft 91½, neue russische Anleihe 98½, Ungar-Borse —.

Lustlos. Bahnen, Bahnen fest, Anlagewerte beliebt.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien 228½, Franzosen 333, Lom-
barden 146½.

[Schlußkurse] Londoner Wechsel 119. Pariser Wechsel 94½. Wie-
ner Wechsel 105½. Franzosen 333. Böh. Westbahn 214½. Lombarden 146½. Galtz 261. Elisabethbahn 210. Nordwestbahn 183½.
Kreditaktien 226½. Russ. Gedenkredit 88. Russen 1872 98½. Silber-
rente 87½. Bavierrente 62½. 1860er Losse 100½. 1861er Losse —.

Berlin, 12. Juni. Die Stimmung der heutigen Börse war im Gegensatz zu ihrer legten Vorgängerin auf allen Verkehrsgebieten we-
nig günstig und vorwiegend matt. Die Kurse fast sämtlicher per ultimo gehandelten Effekten stellten sich niedrig und das Geschäft wies-
tig träge und lustlos ab. Obgleich das Angebot nirgend gerade dringend
ausstrat, überwog es dennoch die ganz geringsfügige Nachfrage. Die Umsätze
blieben in den denkbaren engsten Grenzen. Die gesamte Bewegung nahm
im Wesentlichen ihren Ausgang von den matteren auswärtigen und
namenlich zaristischen Notirungen und verflauten ebenso wohl
dass internationale Gebiet wie die lokalen Spekulationswerthe.

Der Geldstand schwankte etwas knapper zu sein und das Diskonto

stellt sich im Privatwechselverkehr auf 2½ pfd.

Von den österreichischen Spekulationspapieren blieben Kreditaktien

und Franzosen ca. 1 Thlr. ein, doch wurden nur die ersten ziemlich

Gegenüber reichlichem Angebot bissiger Platzspekulation hielt die Kauf-
lust anfänglich sich sehr zurück, die herabgelegten Preise haben indessen
allmählich stärkere Beachtung auf sich geogen, der Umsatz wurde lebhaft,
schließlich griff eine festere Haltung Platz. Waare in mäßigem Verkehr.
Die Offeraten sind nicht groß. Gefindigt 8000 Ctr. Kündigungspreis
59 Rtl. per 1000 Kilar. — Roggen ein wenig niedriger, aber fest
um Schluss. Gefindigt 500 Ctr. Kündigungspreis 8 Rtl. 4 Sgr. per
100 Kilo. — Weizen flau. Verkäufer zur Nachfrage leicht geneigt.
Umsatz schwerfällig. Gefindigt 14,000 Ctr. Kündigungspreis 85 Rtl. pr. pr.
1000 Kilar. — Hafer loso kaum behauptet. Termine bei starkem,
wenngleich wenig verbreiteten Angebot merklich niedriger, aber fest
zum Schluss. Gefindigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 62½ Rtl. per 1000
Kilogr. — Rübbel sehr still und ohne wesentliche Änderung. —
Spiritus eröffnete ziemlich fest hat aber im Laufe der Börse bei
überwiegendem Angebot merklich im Werthe nachgegeben. Gefindigt
10,000 Liter. Kündigungspreis 23 Rtl. 23 Sgr. pr. 10,000 Liter. pfd.

Weizen loso pr. 1000 Kilogr. 76—92 Rtl. nach Dual. get. gelber
per diesen Monat 85½—84½ fl. Juni-Juli do. Juli-August 84—83½
fl. Aug.-Sept. — Sept.-Okt. 80½—79½ fl. Okt.-Nov. 78½—78 fl.
Nov.-Dez. 78½—78 fl. — Roggen loso per 1000 Rtl. 58—71 Rtl. noch
Dual. get. russischer 58½—59½ ab Bahn und Kahn fl. seiner do. 60½
inland 69—71 ab Bahn fl. per diesen Monat 59½—58½—59 fl. Juni-
Juli do. Juli-Aug. 56½—56—56½ fl. Sept.-Okt. 56½—55½ fl. Okt.-
Nov. 55½—55½—55½ fl. — Getreide loso per 1000 Kilogr. 53—75 Rtl.
nach Dual. get. Hafer loso per 1000 Kilogr. 57—72 Rtl. nach Dual.
get. os. u. westeurop. 60—70, vomm. u. ufermärktsch. 69—71½ ab Bahn
fl. bei diesen Monat 62½—61½—62 fl. Juni-Juli 61½—61—61½ fl.
Juli-August 57½—56½—57 fl. Sepbr.-Okt. 53½ fl. Okt.-Nov. 52 fl.

Datum. | Stunde | Therm. | Wind. | Wetterber.

Erbse per 1000 Kilar. Kochware 67—70 Rtl. nach Dual. Futter-
waare 63—66 Rtl. nach Dual. — Raps per 1000 Kilar. — Rüben.
Winter- — Letzterlos per 1000 Kilar ohne Fas. 22½ fl.
Rübel per 1000 Kilar. loso ohne Fas. 19½ Rtl. per diesen Monat
20½ fl. Jum.-Juli do. Juli-August do. Sept.-Okt. 20½—21½ fl.
Okt.-Nov. 20½—21½ fl. Nov.-Dec. 20½—21½ fl. — Getreide um raffin.
(Standard white) per 100 Kilogr. mit Fas. 8½ Rtl. fl. der diesen
Monat 8½ fl. Juni-Juli do. Sept.-Okt. 8½—8½ fl. Okt.-Nov. 8½
fl. loso ohne Fas. 2½ Rtl. 20 Sat. fl. per diesen Monat —, loso mit Fas.
per diesen Monat 23 Rtl. 27—21 Sgr. fl. Jum.-Juli do. Juli-August
24—25 Rtl. 23 Sgr. bis 24 Rtl. fl. August-Sept. 24 Rtl. 1 Sgr. bis 23 Rtl.
25—26 Sgr. fl. Sept.-Okt. 22 Rtl. 16—15 Sgr. fl. — Mehl. We-
zenmisch. pr. 111—11½ Rtl. 0 u. 1 10½—10½ Rtl. Roggenmisch. pr. 0
9—9½ Rtl. Rtl. 0 u. 1 9—8½ Rtl. per 100 Kilogr. Brutto unverst. inf.
Gulf. — Roggenmisch. pr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverst. inf.
Sack per diesen Monat 9—8 Rtl. 29 Sgr. bis 9 Rtl. fl. Jum.-Juli do.
Juli-August do. August-Sept. 8 Rtl. 29—29½ Sgr. Sept.-Okt.
8 Rtl. 26—25—26 Sgr. fl. Okt.-Nov. 8 Rtl. 22 Sgr. fl. (B. u. D. B.)

Reteorologische Beobachtungen zu Breslau.

Datum.	Stunde	Therm.	Wind.	Wetterber.
12. Juni	Morgen 2	27° 7° 80	+ 12 3	W 3
12. —	Abend 10	27° 7° 79	+ 8 5	W 2
13. —	Morg. 6	27° 8° 23	+ 6 5	W 2-3

Amerikaner 82 97½. Deutsch-Österreich. 81½. Berliner Bankverein
85½. Frankfurter Bankverein 81½ do. Wechslerbank 80½. National-
bank 1030. Bahn- & Effektenamt 114½. Kontinentale 86½.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Nachmittags (Effekten-Societät.)
Kreditaktien 227½. Franzosen 333. Galtz 261. Lombarden 146½. G.
Franz. Josephebahn 208. Nationalbank 1030. Fest.

Wien, 12. Juni. Für Bonds, Bahnen und Bahnen blieb Kauf-
lust vorherrschend.

[Schlußkurse] Bavierrente 69, 50. Bavierrente 74, 70 1854er
Losse 98, 00. Bantaktien 989, 00. Herdeben 2097, 00. Kreditaktien
219, 25. Franzosen 321, 00. Galtz 253, 00. Nordwestbahn 177, 00.
do. Lit. B. 78, 20. London 111, 90. Paris 44, 35. Frankfurt 93, 95.
Böh. Westbahn —. Freiburg 161, 75 1864er Losse 107, 80.
Embden. Eisenbahn 140, 00. 1864er Losse 130, 70. Unionbahn 98, 75.
Austria-Ungarische 11, 20. Neapolene 8, 94½. Elisabethbahn 204, 70.
Preußische Baudrosten 1, 65½.

Nach Schluß der Börse sehr günstig. Kreditaktien 221, 00. Lom-
barden 140, 00. Franzosen 321, 25. Elisabethbahn 204, 0.

London, 12. Juni. Nachmittags 4 Uhr. In die Bank floßen

heute 107,000 Pfd. Sterl. Ruhig.

Konsol 92½. Italien 5 prozent. Rente 66½. Lombarden 12½.

Syrie. Russen de 1871 100½. 5 prozent. Russen de 1872 10½. Silber 58½.

Türk. Anleihe de 1865 46½. 5 prozent. Türken de 1869 51½. 9 prozent. Türken

lebhaft gehandelt; Lombarden waren gleichfalls niedriger, aber wenig
belebt.

Die fremden Bonds verkehrten heute in wenig fester Haltung ru-
hig; guten Verkehr hatten Türken, aber auf parterter Meldung zu we-
sentlich höheren Kursen, auch Italiener und Österreichische Renten wa-
ren weich und verhältnismäßig lebhaft; russische Pfundanlehen still.

Deutsche und preußische Staatsbonds, sowie landschaftliche Pfand-
und Rentenbriefe hatten ziemlich gute Umsätze in fester Haltung für
sich. Prioritäten waren gleichfalls fest und preußische und österreichische
theilweise etwas lebhaft.

Auch auf dem Eisenbahnenmarkt herrschte eine wenig feste Hal-
tung vor; namentlich preußische schwere Bahnen (Cöln Minden, Rheini-
sche) waren matter, aber nicht unbelebt. Bergisch-Märkische wenig

Dose. Command. 4 164½ fl.

Gef. Kred. i. Etg. 5 104½ fl.

Gef. Bank 4 97 fl.

Gew. Schifff. 4 102½ fl.

Gef. Baud. 4 96 fl.

Gef. Gold. 4 96½ fl.

Gef. Gold.